

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorchrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Regierungskrise in Sachsen.

Dresden, 22. April. Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird heute der Volkammer sein Rücktrittsgesuch überreichen. Es ist mit seinem schlechten Gesundheitszustand begründet und mit der Ungesundheit, die sich im Lande bemerkbar macht.

Nach dem vorläufigen Grundgesetz bedeutet der Rücktritt des Ministerpräsidenten gleichzeitig den Rücktritt des gesamten Kabinetts. Als zur Neubildung eines solchen wird das alte Kabinett die Geschäfte weiterführen. Voraussichtlich werden einige Tage bis zur Neubildung vergehen.

Ungeklärt ist die Frage, ob unter den neuen Verhältnissen die Koalition zwischen Demokraten und Rechtssozialisten erhalten bleibt. Eine starke Ablehnung unter den Rechtssozialisten steht dieser Koalition durchaus feindlich gegenüber und wünscht ein Zusammengehen mit der unabhängigen Sozialdemokratie.

Zur Vorgeschichte des Rücktritts.

Gegen Dr. Gradnauer besteht schon seit längerer Zeit auch in den Reihen der Rechtssozialisten eine große Mißstimmung. Seine verwaltene Politik, die sich in Nichts von der der Demokraten unterscheidet, sein strammes Vorgehen gegen die Arbeiterklasse und nicht zuletzt das durch seinen Einfluß erfolgte, militärische Eingreifen in Westsachsen hat dieser Mißstimmung neue Nahrung gegeben. Ausdruck fand sie zunächst auch darin, daß Gradnauer bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten in Dresden-Land an letzte Stelle gekommen ist.

Durch den Rapp-Rußch sind auch die rechtssozialistischen Kreise die Augen aufgegangen. Sie verlangen von ihren Führern wirklich sozialistische Maßnahmen. Die Erkenntnis, daß solche gemeinsam mit Vertretern des Kapitals nicht getroffen werden können, führt sie auch in jenen Kreisen immer mehr durch. Besonders von Chemnitz aus wurde lebhaft Propaganda für ein Zusammengehen mit der U. S. P. gemacht. In einer gemeinsamen Aussprache der beiden Landesverbände wurde über die Möglichkeit eines Zusammengehens unverbindlich gesprochen. Von unserer Seite wurde ein Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Vertretern abgelehnt, im übrigen aber die Bildung einer Regierung zwischen U. S. P. und S. P. bis nach Abschluß der Wahlen offengelassen. Als Bedingung zur Beteiligung an der Regierung wurde von unserer Seite außerdem die Anerkennung der bekannten acht Punkte gefordert, welche auch gewährt wurde.

Das bisherige Verhalten Dr. Gradnauers wird von der Mehrheit der Rechtssozialisten als Erschweris des Wahlkampfes angesehen. Aus dieser unliebsamen Lage soll sie der Rücktritt Dr. Gradnauers befehlen.

Gang reibungslos scheint übrigens bei den Rechtssozialisten die Abkündigung Dr. Gradnauers nicht gegangen zu sein, wie aus folgender Auslassung der Freien Presse hervorgeht:

„Am 17. April fand eine Sitzung des Arbeitsausschusses der sozialdemokratischen Partei in Leipzig statt, in der über die Lage und die Wahlen gesprochen wurde. Der Arbeitsausschuß wählte eine Kommission, die mit Dr. Gradnauer Rücksprache nehmen sollte über die Stellung der Regierung zu den von der Volkammerfraktion und dem Arbeitsausschuß aufgestellten 11 Punkten. Diese Aussprache mit Dr. Gradnauer hatte ein für die Kommission völlig befriedigendes Ergebnis. Um so mehr muß es überraschen, daß die sozialdemokratische Fraktion in einer nicht offiziell einberufenen Sitzung nach einer Auseinandersetzung über die Maßnahme den einstimmigen Beschluß faßte, eine Kommission zu dem Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer nach Schandau, wohin er sich auf kurze Zeit zur Erholung begeben hat, zu schicken, um ihn zu ersuchen, noch vor der diesen Sonntagabend zusammentretenden Landesversammlung zugleich mit dem Minister des Innern, dem Genossen Uhlig, seine Entlassung zu nehmen.“

Dieses Vorgehen der Fraktion, in deren Sitzung eine Anzahl namhafter Mitglieder nicht anwesend waren, ist um so ungewöhnlicher, als der Arbeitsausschuß von diesem Vorstoß nicht verständigt worden ist. Angesichts der bevorstehenden Landesversammlung wäre es richtiger gewesen, wenn die Entscheidung über den Rücktritt der Genossen Dr. Gradnauer und Uhlig dieser überlassen worden wäre.

Wie sich nun die Dinge entwickeln werden, steht dahin. Die Kommission ist am Dienstagmittag nach Schandau gefahren. Da der Beschluß in der Fraktion von den anwesenden Mitgliedern einstimmig gefaßt worden ist, kann die Antwort des Genossen Gradnauer, der persönlich schon längst Bestreitung von der drückenden Bürde seines Amtes gemüßigt, bisher aber aus Pflichtgefühl für die Partei auf seinem Posten ausbeharrt hat, kaum zweifelhaft sein. Tritt aber Dr. Gradnauer zurück, dann muß nach der vorläufigen Verfassung die gesamte Regierung zurücktreten und es stehen die Fraktion und die Partei nicht nur, sondern auch die Volkammer und die Regierung vor den schwersten Komplikationen, aus denen herauszukommen es wohl nur eine Möglichkeit gibt: Auflösung der Volkammer.“

Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, läßt sich noch nicht erkennen.

Die Berliner Rechtssozialisten zu den Wahlen.

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer Konferenz der Funktionäre der rechtssozialistischen Partei Berlins war zum erstenmal ein Vertreter der Opposition, Dr. Röhl, zum Referenten bestellt. Er hielt unter wiederholtem lebhaftem Beifall aus schärfste das System Roske und die zahlreichen Sünden der sozialdemokratischen Parteiführung, kritisierte besonders auch das Verhalten des Vorsitzenden der Berliner Organisation, des Abgeordneten Franz Krüger, der immer wieder Kopfe zu Boden versucht habe. Röhl trat dann sehr nachdrücklich für ein Zusammengehen mit den unabhängigen bei den nächsten Wahlen ein. Die Koalitionsregierung sei zu beseitigen, eine rein sozialistische Regierung oder doch zum mindesten eine reine Arbeiterregierung müsse an ihre Stelle treten. Von einer Überschätzung der formalen Demokratie müsse man sich freimachen. Auch mit 48 Prozent der Stimmen werde ein sozialistischer Block die Regierung übernehmen können und zu übernehmen haben. Das Rätesystem müsse in legendärer Form verwirklicht werden. Die letzten Ausführungen fanden Widerspruch. Gegen sie wandten sich auch in der Diskussion verschiedene Redner, so die Vorwärtsredakteure Ruttner und Stampfer. Wenn sie aber Röhl gegenüber betonten, daß am Prinzip der Mehrheitsregierung festgehalten werden müsse, so schlugen doch auch sie im übrigen radikale Töne an, und besonders Ruttner wies an der Hand der Tatsache sehr eindringlich die verderbliche Politik Roskes nach und betonte die Tatsache, daß immer noch in seinem Sinne weitergewirkt würde. Lebhaftige Angriffe gegen die bisherige Parteipolitik und den Berliner Vorsitzenden richtete auch Max Cohen. Krüger suchte sich zu rechtfertigen und warf Cohen vor, daß er eine Kandidatenrede gehalten habe, was zu einer heftigen Entgegnung Cohens führte.

Schließlich wurde eine Resolution Ruttner angenommen, die sich gegen eine derzeitige Entpolitisierung der Reichswehr ausspricht, weil diese nur den reaktionären Offizieren Gelegenheit gebe, die republikanischen Organisationen zu unterdrücken. Diese müßten

offiziell anerkannt werden. Eine Resolution Röhl, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten war, wurde abgelehnt, und dafür eine Resolution Stampfer-Krüger angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die bevorstehende Reichstagswahl muß von der Arbeiterschaft dazu benutzt werden, eine sozialistische Parlamentarität zu schaffen, um die Wahn freizumachen für eine entschiedene und rein demokratische und sozialistische Politik. Zur Verwirklichung einer Einigung mit der U. S. P. auf diesem Boden, unter Ablehnung jeder Diktatur, sind die Funktionäre jederzeit bereit.“

Vielleicht geht es das nächste Mal anders.

Die Germania hatte aus dem Reichsausschuß der Zentrumspartei gemeldet: „Was die Zukunft anbelangt, so herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Fraktionen vollständige Entscheidungsfreiheit besitzen, und daß die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition abhängig sein wird vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustandezubringen, welches eine gedeßliche Führung der deutschen Politik gewährleisten.“

Der Vorwärts bemerkt dazu: „Daselbe gilt natürlich für die Sozialdemokraten, deren Stellung zum Zentrum besonders auch davon abhängen wird, in welcher Gestalt diese sehr verwandlungsfähige Partei aus den Wahlen hervorgehen wird. Koalitionen macht man nicht aus Begeisterung, sondern nur, weil es nicht anders geht. Vielleicht geht es das nächste Mal anders.“

Reichstagswahlen am 6. Juni.

Berlin, 22. April. (L. V.) Die Wahlen zum ersten Reichstage der Republik werden nunmehr, wie endgültig feststeht, am Sonntag, dem 6. Juni, stattfinden. Die Nachrichten, die von einer neuerlichen Verschiebung sprechen, entsprechen nach dem Berliner Tageblatt nicht den Tatsachen.

Zur Auflösung der Einwohnerwehren.

Berlin, 22. April. Nach der Volksstimme Zeitung hat die Oberfelder Stadtverordnetenversammlung die Auflösung der Einwohnerwehren und Errichtung einer Abwärtungsstelle aus drei Offizieren und elf Mann beschloßen und eine Entschädigung an den Magistrat gezahlt, die Bildung einer Ortswehr vorzubereiten.

Die Wahlparade des Bürgerblocks.

Die organisierte politische Macht des deutschen Kapitalismus rüstet sich zur Wahlparade. Die Arbeiterschaft darf sich dabei nicht verhehlen, daß diese ihre bürgerliche Gegnerschaft, wie nie zuvor kampfwillig, opferwillig und auch einzig im Sinne der gemeinsamen Verteidigung der heiligsten Güter des Geldbeutels gegen den „Bolschewismus“ sein wird. Man hat nur notwendig, die kleine bürgerliche Provinzpresse in diesen Tagen der Kampfvorbereitung durchzublätern, um zu erfahren, daß die Besitzenden in Stadt und Land diesmal weder Mühe noch Kosten im Kampf sparen wollen. Konforten bilden sich im Handumdrehen, die — im Zeichen der Papier-Wucherpreise! — demokratische Blattgründungen zum Ziel haben. Die Landwirte spenden reichlich aus der durch den langjährigen Schwarz- und Schleichhandel wohlgenährten Geldtruhe. Der protestantische Predigtstuhl ist genau so gut bereits in mobilen Zustand versetzt, im Interesse des bürgerlichen Interessenkampfes, wie der katholische Weichstuhl.

Im Reich hat der Aufmarsch der großen bürgerlichen Parteien zur Wahl seit Sonntag begonnen. Die Rechts-Extremen, die

„deutschnationalen Volksparteier“,

haben dabei mit einem großen Patrschub im Parteitnenn hinter den Rücken begonnen, der außerordentlich bezeichnend ist. Die liberal angehauchten Parteigrößen, wie der Graf Posadowski, der vergeblich das gegen ihn entstandene Mißtrauen der Traugott-Jagow-Clique der Unentwegten durch seine äußerst reaktionäre letzte Nationalversammlungsrede zu zerstreuen versuchte, und der frühere Staatsminister von Delbrück, der gegen den Stachel der antisemitischen Rabau- und Pogrombrüder in der Partei zu läden gemagt hatte, sind glücklicherweise ausgeschieden. Beide kandidieren nicht wieder. Dafür erscheint in voller Siegesglorie der altkonserervative Führer Graf Westarp, dem die unter dem Revolutionsdruck vollzogene Wimitry aus deutschkonserwativer Herren- und Baronspartei zur „deutschnationalen Volkspartei“ immer ein Grauel gewesen ist. Er war schon seit einigen Wochen wieder der eigentliche Sprecher und Kopf der Partei geworden, der täglich in der Nationalversammlung erschien, um seinen Anhängern in der Fraktion die Notwendigkeit der Rückkehr zum ausgesprochensten Krautunkertum wilhelminischer Glanzzeit einzupauken. Daß neben diesem Grafen, der sich in der Kreuzzeitung so entschieden für den „hochherzigen Patriotismus“ der Rapp-Rußchisten eingesetzt hat, heute als zweiter Renommierkandidat der Deutschnationalen Herr Dr. Heffertich nicht fehlt — wen kann das noch wundern?! Dieser Sanct Georg mit der goldenen Uhrkette, der sich vom pfälzischen Demokratenjohn zum Oberbureauren und Oberstreber des Hohenzollernzuzang emporgemauert hat, ist ja seit seinem Prozeß gegen den rührigen Ministerkommis Erzberger im Herzen der Reaktion für alle Zeiten eingeschreint.

Gewissermassen die Brille vom Rittergut zum Industrieherrn mag Herr von Kardorff, der ehemalige freikonserervative Führer, schlagen, der jetzt ebenfalls als Mann mit gewissen liberalisierenden Ambitionen den Deutschnationalen den Rücken zugekehrt, auf den Witzwort in der preußischen Landtagsfraktion verzichtet und zur „liberalen“

„Deutschen Volkspartei“

sich verflüchtigt hat. Diese Partei der besonders fettgenährten Bourgeoisie mit geheimräthlich-professoralem Einschlag hat am Sonntag ihren Zentralvorstand tagen und ihm durch den Parteikapitän Strefemann das Wahlprogramm diktieren lassen. Dessen Weisheit ist, nach dem dort gehaltenen Referat, „eine Regierungskoalition bilden, bei der die Sozialdemokratie nicht mehr der allein leitende Teil ist“. Mit andern Worten: Strefemann versucht auch die formelle Regierungsdiktatur des „Besitzes und der Bildung“ wieder aufzurichten, wo die effektive Wirtschaftsdiktatur dieser herrschenden Klasse dank des Versagens der Mehrheitssozialdemokratie ja nie angezweifelt worden ist. Aus dem ökonomischen Zustand des in der vollen Gegenrevolution lebenden Deutschlands soll die politische Folgerung gezogen werden. Das ist wenigstens ein klares und eindeutiges Programm. Da Herr Strefemann weiterhin allerdings diese Koalition entgegen der bürgerlichen Praxis der früheren Jahre auch auf die Sozialdemokratie erstrecken will, mag das wie ein schlechter Witz anmuten. Wenn die neue Blockregierung nach den Wünschen Strefemanns wirklich einen lammfrommen und halszuckenden Gewerkschaftsmann antirevolutionärer Richtung zum Kanzlisten gnädigst bestellen würde, dann soll das nach Dr. Strefe man eine weitläufige „Handreichung an die Arbeiterschaft“ darstellen. Großer Gott, was sich diese Leute wohl unter den deutschen Arbeitern und ihrem Willen vorstellen!